



49. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 11.05.2011, 17:00 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Nachtragstagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27. April 2011**

- 3 **Information des Generaldirektors der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Herrn Prof. Dorgerloh zum Parkeintritt**

- 4 **Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten, Herrn Rainer Kann**

- 5 **Erhalt der Polizeiwache Babelsberg**
Vorlage: 10/SVV/0637 Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP
neue Fassung

- 6 **Bürgerbefragungen**
Vorlage: 10/SVV/1052 Fraktion DIE LINKE

- 6.1 **Bürgerbeteiligung**
Vorlage: 11/SVV/0287 Oberbürgermeister



öffentlich

Betreff:
Erhalt der Polizeiwache Babelsberg

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP

Erstellungsdatum 24.08.2010

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.09.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit dem Innenminister des Landes Brandenburg zu führen ,mit dem Ziel der Erhaltung des Standortes der Polizeiwache Babelsberg in der Anhaltstraße 6.

gez. Michael Schröder
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW

gez. M. Engel-Fürstberger
Fraktionsvorsitzende
FDP

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Von einer möglichen Schließung der Polizeiwache Babelsberg wären 68.000 Potsdamer des gesamten Stadtgebietes südlich der Havel betroffen. Durch die besondere Situation mit nur zwei Havelübergängen würde sich die Interventionszeit (Zeit bis zum Einsatzort) bei nur einer Wache in der Innenstadt gefährlich verlängern. Ein besonderes Risiko langer Fahrtzeiten entsteht vor allem während des Berufsverkehrs. Die Potsdamer Berufsfeuerwehr hat aus Sicherheitsgründen ihren Standort in der Steinstraße beibehalten um ein schnelles Erreichen des Einsatzortes zu gewährleisten. Zudem gehört die Wache in Babelsberg brandenburgweit zu den fünf Standorten mit der höchsten Einsatzbelastung und einem täglichen Volumen von bis zu 20 Anzeigen die in der Wache aufgegeben werden. Eine besondere Belastung entsteht zusätzlich durch die regelmäßig stattfindenden Fußballspiele im Karl-Liebknecht-Stadion.



öffentlich

Betreff:
Bürgerbefragungen

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 14.12.2010

Eingang 902: 14.12.2010

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
15.12.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Bürgerbefragungen zur weiteren Entwicklung des Gartenstadtprojektes in Drewitz und zur weiteren Entwicklung des Gewerbegebietes im Kirchsteigfeld durchzuführen, bevor Entscheidungen getroffen werden.

gez. Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Bürger haben nachdrücklich eine wirksame Beteiligung bei der Entwicklung in Drewitz und im Kirchsteigfeld gefordert.

Dafür eignet sich das Mittel der Bürgerbefragung, das bisher in Potsdam nur ein einziges Mal zur Anwendung gekommen ist.



Betreff:
Bürgerbeteiligung

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum	05.04.2011
Eingang 902:	05.04.2011

Einreicher: Büro des Oberbürgermeisters

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
-------------------	---------

27.04.2011	Hauptausschuss
------------	----------------

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

In einem ersten Workshop in der Kalenderwoche 11 hat der Oberbürgermeister gemeinsam mit Mitarbeitern der Stadtverwaltung und externen Fachleuten zum Thema Bürgerbeteiligung in Potsdam beraten. Dabei wurde deutlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam beim Thema Bürgerbeteiligung auf viele vorhandene Strukturen und einen breiten Erfahrungsschatz aufbauen kann. Speziell der Bürgerhaushalt wurde z.B. von den Vertretern der Hochschule Speyer und der Landeshauptstadt Erfurt als vorbildlich eingeschätzt.

Grundlage dieser Mitteilungsvorlage bilden die bereits angekündigten Vorhaben zur Durchführung von Stadtteilkonferenzen, der Bildung eines Büros für Bürgerbeteiligung, der Durchführung von Bürgerbefragungen und Integration eines Baustein zum aktiven Dialog zwischen Oberbürgermeister und Bürgerinnen und Bürgern auf dem Portal www.potsdam.de.

Auf einem weiteren Workshop im III. Quartal 2011 sollen die Einzelthemen zur Bürgerbeteiligung mit den Stadtverordneten und unter Beteiligung der breiten Wissenschaftslandschaft Potsdam konkretisiert werden.

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Folgende Ergebnisse werden festgehalten und sollen umgesetzt werden:

1. Der Oberbürgermeister wird bis zum 1. Juli 2011 eine Stabsstelle mit zwei Personalstellen und einem Budget von 40.000 Euro einrichten. Die Stabsstelle wird an das Büro des Oberbürgermeisters angegliedert.
2. Unter der Leitung des Büros für Bürgerbeteiligung wird eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit dem Thema Bürgerbeteiligung und ihrer Verortung innerhalb der Verwaltung, der Festlegung von Verantwortlichkeiten und dem Wirken in die Verwaltung und nach außen befassen wird.
3. Bezüglich des Arbeitstitels Stadtteilkonferenzen wird zunächst bis zum Workshop im III. Quartal ein Konzept für Bürger-Dialoge erarbeitet, wie Veranstaltungen in den Stadt- und Ortsteilen mit Bürgerinnen und Bürgern dazu führen können, die Wünsche und Nöte der Bürgerinnen und Bürger in regelmäßigen Abständen direkt vor Ort zu besprechen und aufzunehmen. Dabei sollen unterschiedliche Formen auf ihre Tauglichkeit für Potsdam untersucht und evaluiert werden.
4. Eine regelmäßige repräsentative Befragung von Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Potsdam soll durchgeführt werden. Diese Befragung soll als politische Entscheidungshilfe für politische Prozesse in allen Handlungsfeldern der Stadt dienen. Die erste soll in diesem Jahr vorbereitet werden.
5. Soziale Netzwerke: Festgelegt wurde, dass die derzeitige Internetkommunikation über Potsdam.de um die reichweitenstärksten Mittel des so genannten Web 2.0 – das soziale Netzwerk „facebook“ und den Kurznachrichtendienst „twitter“ – erweitert wird. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit/Marketing arbeitet an einer Social Media Strategie und einen entsprechenden Leitfaden, die nach bestätigter Vorlage umgesetzt werden. Angestrebtes Ziel ist es, im Jahr 2011 die Voraussetzungen zu schaffen und die Umsetzung zu realisieren.
6. Online-Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Potsdam über www.potsdam.de: Der Oberbürgermeister möchte den Online-Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Hierzu wird ein Konzept entwickelt, in welchem Umfang und mit welchen Mitteln man dies am besten umsetzen kann. Das Konzept wird auf dem Workshop im III. Quartal präsentiert.
7. Alle Vorhaben sind unter dem Vorzeichen eines integrierten Konzepts zu verwirklichen, das die verschiedenen bestehenden Angebote mit einbezieht.
8. Einbeziehung der Bürgerschaft: Im Rahmen der Informationsphase des Bürgerhaushalts 2012 soll ebenfalls die Wie-Frage an die Bürgerschaft gerichtet werden. Mit der Ergänzung des Kapitels „Bürgerkommune Potsdam“ soll ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass die Bürgerbeteiligung bereits von Beginn und auch zukünftig ernst gemeint ist.

Zum Themenkomplex Bürger-Dialoge vor Ort:

Bürger-Dialoge vor Ort sollen die Verbindung zwischen Verwaltungshandeln und Bürgerwünschen herstellen. Festzuhalten bleibt, dass eine Veranstaltung vor Ort umso mehr Interesse und Beteiligung bei den Bürgerinnen und Bürgern weckt, je näher das Thema an der Zielgruppe dran ist. Insofern werden wenige große Bürger-Dialoge vor Ort evtl. eine zu geringe Teilnehmerzahl erreichen.

In einer weiteren Konzeption und Konsultation sollen folgende Punkte geklärt werden: Form der Veranstaltung, konkrete Zielstellung allgemein und bezogen auf den sozialen Raum, Beteiligungszusammenstellung, Personalfrage aus Verwaltungssicht, Frequenz und Umfang, Organisation, externe Begleitung und/oder Evaluation.

Zum Themenkomplex Bürger-Befragungen:

Der Oberbürgermeister empfiehlt eine regelmäßige repräsentative Befragung von Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Potsdam, die zu verschiedenen Themen Auskunft geben soll, um über einen längeren Zeitraum hinweg die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger abzufragen. Von monothematischen Umfragen soll dabei abgesehen werden. Die Fragestellung soll sich an einem standardisierten Fragesatz orientieren. Die Auswertung soll durch den Bereich Statistik und Wahlen erfolgen. Die Ergebnisse sollen auch als Entscheidungshilfe für politische Prozesse dienen.

Zum Themenkomplex Stabsstelle Bürgerbeteiligung:

Eine Stabsstelle Bürgerbeteiligung soll aus Sicht des Oberbürgermeisters Transparenz schaffen, Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter nach innen sein und die Identifikation verbessern. Die Aufgaben umfassen: Informiert sein über aktuelle Beteiligungsmöglichkeiten und -projekte, Koordinierung von Beteiligungsprojekten, die Kontrolle über die Einhaltung einheitlicher Standards. Für die Stabsstelle empfiehlt der Oberbürgermeister zwei Personalstellen und für das Jahr 2011 ein Budget von 40.000 Euro. Die Haupttätigkeit zur Bürgerbeteiligung soll in den jeweiligen Fachbereichen verbleiben, in denen sie derzeit verortet sind. Darüber hinaus soll es eine interne Arbeitsgruppe unter der Leitung der Stabsstelle Bürgerbeteiligung geben, die alle Vorhaben gemeinsam bespricht und einen internen Wissens- und Erfahrungsaustausch gewährleistet. Für die Durchführung von Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung soll ggf. auf externe Dienstleister zurückgegriffen werden können.

Zum Themenkomplex Online-Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern:

Der Oberbürgermeister möchte die Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt mittels eines Online-Dialoges verbessern. Hier gilt es, zwei Ansätze weiter zu verfolgen. In Bezug auf die Kommunikation zwischen Oberbürgermeister und Bürgerinnen und Bürgern soll ein Konzept für eine Online-Lösung entwickelt werden. Die Erreichbarkeit des Oberbürgermeisters im Internet soll damit den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum Oberbürgermeister erleichtern und dem zeitgemäßen Kommunikationsverhalten Rechnung tragen.

In einem weiteren Prozess soll über das Portal www.potsdam.de ein Format konzipiert werden, das die Bürgerinnen und Bürger direkt mit einbezieht. Hier gilt es in einem ersten Schritt zu prüfen, welche Online-Angebote die Bürgerinnen und Bürger am meisten interessieren und welche ihnen wichtig sind. Dazu zählen eGovernment (Welche Online-Dienstleistungen wünschen sich die Potsdamerinnen und Potsdamer von ihrer Stadtverwaltung?), eParticipation (Welche Formen der digitalen Bürgerbeteiligung sollte die Stadt anbieten?) und Open Data (Welche Daten werden zur Verfügung gestellt? Statistiken, Geodaten, Material aus der Schul-Medien-Stelle, Konzepte, Umfrageergebnisse usw. "Haushaltszahlen / Finanzen") Wie können diese Daten so aufbereitet werden, dass sie extern unkompliziert, strukturiert und maschinenlesbar sowie kostenlos und rechtfrei zur Weiterverwendung genutzt werden können.

Der Oberbürgermeister hält es darüber hinaus für erforderlich, dass „Neue Medien“ ihren Weg in die Öffentlichkeitsarbeit der Landeshauptstadt finden. Der Einsatz von facebook und twitter soll weiterverfolgt und nach erfolgreicher Prüfung aller rechtlichen Gegebenheiten umgesetzt werden. Sinnvoll ist der schrittweise Aufbau des Angebotes.



öffentlich

Betreff:

Änderung der Hauptsatzung

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP

Erstellungsdatum 15.02.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.03.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

einen externen Gutachter mit der rechtlichen Überprüfung der Mitteilung der Verwaltung vom 19.01.2011 zu beauftragen.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam grundsätzlich berechtigt, Regelungen zur Wahrung der Planungshoheit in der Gemeinde zu treffen?
2. Schließt die BbgKVerf die Aufnahme einer solchen Regelung in die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam aus?
3. Werden durch die Regelung Rechte oder Zuständigkeiten des Oberbürgermeisters verletzt bzw. tangiert?

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Verwaltung (SB Recht und Grundstücksmanagement) hat auf der Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 06.10.2010 die Möglichkeit der Änderung der Hauptsatzung rechtlich geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Aufnahme der im Beschluss aufgeführten Regelungen in die Hauptsatzung rechtswidrig wäre. Die Verwaltung stellt insbesondere Verstöße gegen die BbgKVerf fest und befürchtet, dass Rechte des Oberbürgermeisters beeinträchtigt werden.

Weiterhin stellt die Verwaltung fest, dass die Entscheidung im Rahmen des gemeindlichen Einvernehmens ohnehin nur durch die Stadtverordnetenversammlung selbst, nicht jedoch durch den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen erfolgen könnte. Somit müsste sich die Stadtverordnetenversammlung monatlich mit ca. 90 Bauanträgen befassen.

Das Ergebnis der Prüfung ist nicht nachvollziehbar und entspricht in keiner Weise den gesetzlichen Bestimmungen und der Rechtsprechung des BVerwG. Durch das Ergebnis der Mitteilungsvorlage werden die Rechte der Stadtverordnetenversammlung massiv verletzt.

Weiterhin hat die Verwaltung bei der Prüfung nicht beachtet, dass es sich bei der Entscheidung über das gemeindliche Einvernehmen um ein Verwaltungsinternum handelt, das wegen der fehlenden Außenwirkung auch durch einen Ausschuss der Gemeinde gegenüber der Verwaltung abgegeben werden kann und dass nur wenige, genau bestimmte Geschäftsvorfälle der Bauverwaltung in diese Regelung einbezogen werden sollen.

Auch die anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen am 08.02.2011 durch das SB Recht und Grundstücksmanagement durchgeführte mündliche Erläuterung der Begründung des Ergebnisses der Überprüfung war nicht überzeugend